

Welche Höhe hat das Ruhegehalt ?

Nach der Sonderregelung § 66 Abs. 2 BeamtVG beträgt das Ruhegehalt für Beamte auf Zeit, die eine ruhegehaltfähige Dienstzeit von zehn Jahren zurückgelegt haben, wenn es für sie günstiger ist, nach einer Amtszeit von acht Jahren als Beamtin oder Beamter auf Zeit 35 v.H. und steigt mit jedem weiteren vollen Amtsjahr um zurzeit noch 2 v.H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bis zum Höchstruhegehaltssatz von zurzeit noch 75 v.H..

Sind die Voraussetzungen dieser Sonderregelung nicht erfüllt, gelten die allgemeinen versorgungsrechtlichen Bestimmungen (§ 14 BeamtVG). Danach beträgt der Ruhegehaltssatz für jedes Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit zurzeit noch 1,875 v.H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge. Der Ruhegehaltssatz beträgt zurzeit höchstens 75 v.H. und mindestens 35 v.H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge.

Durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 ist für alle Versorgungsfälle, die nach dem 31.12.2001 eintreten, eine schrittweise Verminderung der Versorgung und eine daran anschließende Absenkung der Ruhegehaltssätze beschlossen worden (§ 69 e BeamtVG). Die Verminderung der Versorgung wird mit den nächsten sieben Anpassungen an die Bezüge der Besoldungsberechtigten erfolgen. Deshalb ist der genaue Zeitpunkt heute noch nicht bekannt.

Im Anschluss an diesen Zeitraum wird der Ruhegehaltssatz für jedes Jahr ruhegehaltfähiger Dienstbezüge nur noch 1,91333 v.H. nach der Sonderregelung für Beamte auf Zeit (§ 66 Abs. 2 BeamtVG) und 1,7935 v.H. für die übrigen Beamten (§ 14 BeamtVG) betragen. Der Höchstruhegehaltssatz wird dann allgemein auf 71,75 v.H. abgesenkt. Die Mindestversorgung von 35 v.H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge ist zwar von der vorübergehenden Verminderung der Versorgungsbezüge betroffen, bleibt aber für die Zukunft von der endgültigen Absenkung unberührt.

Etwaige Zusicherungen, Vereinbarungen und Vergleiche, die eine höhere als die gesetzlich zustehende Versorgung verschaffen sollen, sind im Übrigen kraft Gesetzes (§ 3 Abs. 2 BeamtVG) unwirksam. Das gilt auch für zu diesem Zweck abgeschlossene Versicherungsverträge.

- [Versorgung bei Abwahl nach § 66 GO](#)

[Übersicht "Hauptamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister"](#)